



## Klausurtagung der CDU Brandenburg am 7. Januar 2018 in Lübbenau

### Positionspapier

Stand: 7. Januar 2018

---

## Sicherheit in Zeiten des Wandels

Wir leben in bewegten Zeiten. In hohem Tempo vollzieht sich in vielen Bereichen der Gesellschaft ein Wandel, der Bewährtes und Vertrautes verändert oder zumindest in Frage stellt. Digitalisierung, Globalisierung, Migration und Integration oder die Zukunft Europas – all diese Fragen beschäftigen die Menschen.

Deutschland und Brandenburg haben sich in den vergangenen Jahren gut entwickelt. Wachstum und Beschäftigung, Einkommen und Renten, Investitionen und staatliche Leistungen – bei vielen Kennzahlen steht unser Land so gut da wie nie zuvor. Dennoch blickt so mancher skeptisch in die Zukunft und fragt sich, welche Auswirkungen die großen Veränderungen unserer Zeit auf seine Heimat, die Familie und für ihn ganz persönlich haben werden. Mehr denn je werden deshalb der Staat und die gesellschaftlichen Institutionen daran gemessen, Sicherheit in einem weiten Sinne zu gewährleisten:

Es geht um die innere Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit und damit um den Schutz vor Kriminalität, Gewalt und Terrorismus.

Es geht um die Sicherheit für Familien, dass Kinder behütet aufwachsen und die ärztliche Versorgung sowie Pflege überall auf hohem Niveau gewährleistet sind.

Es geht um die Sicherheit, dass die Brandenburger von Strukturentwicklungen und dem technologischen Fortschritt profitieren und nicht abgehängt werden, dass der Weg zur Arbeit oder zur Schule überall zügig, sicher und bezahlbar zurückgelegt werden kann.

Für diese Themen muss ein Staat Verantwortung übernehmen und intelligente Lösungen finden. Gerade jetzt, wo viele Menschen Verunsicherung spüren, gilt es für Stabilität und Verlässlichkeit zu sorgen. Wir wollen uns dieser Aufgaben annehmen und schlagen mit diesem Papier Maßnahmen vor, die einen starken, handlungsfähigen Staat, der Recht und Ordnung garantiert, gewährleisten.

Es geht um Sicherheit in Zeiten des Wandels.

## Unsere Heimat sichern

Für die Brandenburger hat das Thema Sicherheit höchste Priorität und ist eine zentrale Aufgabe des Staates. Deshalb darf es nicht so weit kommen, dass die Menschen selbst für ihre Sicherheit und den Schutz ihres Eigentums sorgen müssen. Ein trauriger Beleg für die schlechte Sicherheitslage im Land ist die Zahl der Wohnungseinbrüche, die in den vergangenen Jahren stark angestiegen ist. 2010 gab es deutlich weniger als 3.000 Fälle. 2016 waren es weit über 4.000. Die Aufklärungsquote sank in diesen sechs Jahren von rund 28 auf unter 20 Prozent. Diese Zahlen sind inakzeptabel. Dazu kommen weitere Problemlagen wie grenzüberschreitende und organisierte Kriminalität, Viehdiebstähle, Internet- und Cyberkriminalität sowie politischer und religiöser Extremismus oder gar Terrorismus.

Die Landesregierung hat die Entwicklung der Sicherheitslage völlig falsch eingeschätzt und die Schlagkraft der Polizei und des Verfassungsschutzes Brandenburg erheblich geschwächt. Über 1.000 Stellen bei der Polizei und fast 30 Stellen beim Verfassungsschutz wurden abgebaut. Bei der Justiz sind insbesondere die Staatsanwaltschaften und der mittlere Dienst, gemessen am derzeitigen Personalbedarf, unterbesetzt. Die rechtlichen Befugnisse für Polizei und des Verfassungsschutzes in Brandenburg sind zudem nicht mehr zeitgemäß. Das Land hat den Anschluss an die notwendigen Entwicklungen im Bereich der inneren Sicherheit verloren. SPD und DIE LINKE sind mit ihrer Sicherheitspolitik in Brandenburg gescheitert. Deshalb wollen wir eine Trendwende in der Sicherheitspolitik.

## Sicherheitsbehörden stärken

- **Mehr Polizistinnen und Polizisten für Brandenburg:** Mit einem überzeugenden Angebot müssen junge Menschen für den Dienst bei der Polizei begeistert werden. Dafür braucht es eine gute Bezahlung und Lohnentwicklung, attraktive Arbeitsbedingungen, Entwicklungs- und Beförderungschancen sowie ein umfassendes Gesundheitsmanagement.
- **Polizeipräsenz stärken:** 130 Funkstreifenwagen statt der aktuell unter 100 sollen dafür sorgen, dass die Zeit vom Notruf bis zum Eintreffen der Polizei deutlich kürzer wird – eine knappe halbe Stunde wie bisher ist zu lang.
- **Spezialisierung:** Durch Aus- und Fortbildung im kriminalistischen Bereich, beispielsweise mit besonderen Einbruchskommissariaten, und für den Verfassungsschutz, um Straftaten effektiver aufzuklären und kriminelle Strukturen aufzudecken.
- **Bessere Ausstattung und Respekt gegenüber Polizisten und Rettungskräften:** Beispielsweise durch Bodycams und Schutzausrüstungen für Polizisten oder durch Hilfsmittel für Rettungskräfte soll deren Arbeit sicherer und bestmöglicher Schutz gewährleistet werden. Dazu gehört auch unsere Null-Toleranz-Strategie bei Gewalt gegen Polizisten und Rettungskräften.
- **Freiwillige Gefahrenabwehr stärken:** Die Menschen in Brandenburg erwarten zu Recht, dass effektiver Brand,- Katastrophen- und Zivilschutz überall im Land gewährleistet wird.



Gesellschaft, Kommunen und Politik müssen Anreize schaffen, damit sich wieder mehr Brandenburger in diesem Bereich der freiwilligen Gefahrenabwehr engagieren.

- **Hilfe im Fall der Fälle:** Mit einer freien Heilfürsorge sollen Polizisten, Feuerwehrleute und Rettungskräfte abgesichert werden.

## Sicherheitsgrundlagen des Landes Brandenburg modernisieren

- **Sicherheitsgefühl verbessern:** Damit sich besonders Frauen in Brandenburg sicherer fühlen, sollen Bahnhöfe, Busse und Bahnen sowie öffentliche Plätze besonders berücksichtigt werden – regelmäßige Polizeipräsenz, bessere Beleuchtung in der Nacht oder neue Notrufsysteme per Smartphone sind dabei geeignete Ansatzpunkte.
- **Befugnisse erweitern:** Zur vorbeugenden Verbrechensbekämpfung soll das Polizeigesetz geändert werden: Schleierfahndung im ganzen Land, intelligente Videoüberwachung mit einer Verlängerung der Datenspeicherfrist auf einen Monat und der Einsatz von Polizeidrohnen sind dabei wichtige Maßnahmen.
- **Kontrolldruck durch mehr Bundespolizisten erhöhen:** Die Präsenz der Bundespolizei (BPol) an der brandenburgischen EU-Binnengrenze zu Polen muss erhöht und die Bekämpfung von illegaler Migration und Schleusungskriminalität verstärkt werden. Zudem sind nach unserer Auffassung kurzfristig 100 zusätzliche Polizeibedienstete für Ostbrandenburg und eine Weiterentwicklung des gemeinsamen Zentrums der deutsch-polnischen-Polizei- und Zollzusammenarbeit perspektivisch eine europäische Staatsanwaltschaft mit einer EU-Datei zur organisierten Kriminalität notwendig.
- **Informationsaustausch verbessern:** Speziell zur Migration aus Tschetschenien über Polen nach Deutschland soll zwischen dem Bundesnachrichtendienst, dem polnischen Inlandsnachrichtendienst und dem Verfassungsschutz Brandenburg intensiver kommuniziert werden, um der Bedrohung durch gewaltbereite Islamisten zu begegnen.
- **Gesellschaftlichen Frieden sichern:** Angesichts gestiegener Kriminalität von und gegen Migranten müssen die Strafverfolgungsbehörden in allen Fällen schnell und konsequent handeln. Verstöße gegen die Werte unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung stellen ein schwerwiegendes Ausweisungsinteresse dar, insbesondere wenn zu antisemitischen Hass aufgerufen wird. Die Landesregierung wird aufgefordert von § 54 Abs. 1 Nr. 5 Aufenthaltsgesetz Gebrauch zu machen.
- **Verfassungsschutzgesetz modernisieren:** Das Umfeld von extremistischen und terroristischen Strukturen muss noch genauer beleuchtet werden, um Anschläge oder schwerwiegende Straftaten zu verhindern. Dafür sind spezielle Ortungssysteme (IMSI-Catcher) oder erweiterte Auskunftsrechte gegenüber Telekommunikationsdiensten, Fluggesellschaften oder Kreditinstituten notwendig.
- **Cybersicherheit:** Wir wollen ein Kompetenzzentrum des Landeskriminalamtes mit IT-Ingenieuren und „Cybercops“ aufbauen sowie eine kompetente Informationsstelle für die Bürger per Telefonhotline, Website oder App einrichten.

## Behütet aufwachsen in Brandenburg

Von allen Seiten werden Familien heute mit neuen Erwartungen konfrontiert. Mehr denn je sind sie beruflichem Leistungsdruck ausgesetzt, sollen flexibel und erreichbar sein und dabei noch genügend Zeit für ihre Familien haben. Dazu gewinnt das Thema der Pflege von Familienangehörigen immer mehr an Bedeutung. Manche Menschen haben deshalb Sorge, diesen Ansprüchen nicht gerecht werden zu können. Das Land soll dabei helfen, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu fördern. Gerade Alleinerziehende und Familien mit drei und mehr Kindern werden aber oft im Stich gelassen. Auch Müttern wird der Wiedereinstieg ins Berufsleben nach einigen Jahren der Familienzeit unnötig schwer gemacht, obwohl überall Fachkräfte fehlen.

Es gibt aber nicht nur die kleinen und größeren Hürden des Alltags. Manchmal sind die Sorgen größer und erfordern Hilfe von außen. Immer mehr Kinder werden vernachlässigt und die Jugendämter sind schon jetzt überlastet. Noch nie mussten so viele Kinder und Jugendliche in Obhut genommen werden. Auch der Drogenkonsum nimmt bedenklich zu. Insbesondere die synthetische Droge „Crystal Meth“ ist in einigen Teilen des Landes ein Problem, das dringend angegangen werden muss.

## Unterstützung für Brandenburgs Familien

- **Leitbild Familie:** Wir wollen das Bundesland werden, wo Familien ganz oben stehen. Deshalb werden wir ein „Leitbild Familie“ entwickeln, dass in allen Lebensbereichen die Familienfreundlichkeit unterstützt und insbesondere die Bedingungen für Eltern und Kinder verbessert.
- **Familienberatung aus einer Hand:** Wir wollen alle behördlichen Beratungsangebote und Leistungen für Familien und damit auch die Entscheidung z.B. über Familienhilfen unter einem Dach zusammenfassen – jede Familie bekommt ihren ganz persönlichen Ansprechpartner.
- **Zurück in die Arbeitswelt:** Mütter sollen nach der Elternzeit konkrete und auf sie abgestimmte Angebote für ihre berufliche Zukunft erhalten, beispielsweise durch attraktive Weiterbildungsangebote, durch die Möglichkeit einen neuen Beruf zu erlernen oder Bildungsgutscheine.
- **Familien brauchen ein Zuhause:** Den Erwerb von Eigentum wollen wir unterstützen und uns dafür einsetzen, dass Familienfreibeträge bei der Grunderwerbsteuer gewährt werden.
- **Mit Erfahrung helfen:** Mütter und Großmütter unterstützen schon erfolgreich Familien mit Neugeborenen und Kleinkindern. Die Betreuung im Netzwerk Gesunde Kinder soll über die ersten drei Lebensjahre hinaus erweitert werden. Wir wollen, dass auch heranwachsende Kinder und ihre Familien auf ähnliche Angebote zurückgreifen können und mehr Väter und Großväter dabei mitmachen.

## Vor Gefahren schützen, bei Problemen helfen

- **Jugendschutz:** Wir wollen einen Kinderschutzbeauftragten im Land Brandenburg. Dieser muss die Interessen und Anliegen der Kinder vertreten und in Kooperation mit den kommunalen Ansprechpartnern vor allem jede Form von Kindeswohlgefährdung, Vernachlässigung und Gewalt gegenüber Kindern zur Sprache bringen. Jedes Kind muss den Schutz des Staates erfahren können.
- **Anstand und Benehmen:** Mangelnder Respekt gegenüber Lehrern, Mobbing oder Gewalt an Schulen müssen thematisiert werden. Ein gutes soziales Miteinander von Schülern und Lehrern erfordert neben klaren Regeln auch ein Klima der Offenheit und Ehrlichkeit.
- **Sicher im Internet:** Die Digitalisierung ist auch mit Gefahren verbunden, zum Beispiel fehlende Quellenkritik, Cyber-Mobbing, exzessive Internetnutzung oder Kostenfallen. Frühzeitige Präventionsarbeit und Hilfsangebote zu den Gefahren digitaler Medien müssen an neue Herausforderungen angepasst werden. Die mit der Digitalisierung verbundenen Gefahren müssen frühzeitig in der Schule thematisiert werden.
- **Gegen die Sucht:** Der steigende Drogenkonsum gibt großen Anlass zur Sorge. Deshalb muss die Suchtprävention verbessert und ausreichende finanzielle Mittel bereitgestellt werden. Weiterhin wollen wir das Psychisch-Kranken-Gesetz so anpassen, dass Menschen in Drogenabhängigkeit sowie den Personen im unmittelbaren Umfeld besser geholfen werden kann. Zudem müssen Kinder drogenabhängiger Eltern mittels flächendeckender Anwendung diagnostischer Verfahren gezielt unterstützt werden. In stark betroffenen Regionen müssen kommunale Ordnungspartnerschaften zwischen Polizei und Zivilgesellschaft gegen Drogenhandel und -konsum unterstützt werden, vor allem im Zusammenhang mit Crystal Meth.

## Kluge Rezepte für Medizin und Pflege

- **Ab in die Praxis:** Bisher hat die Landesregierung kein Rezept gegen den Ärztemangel, vor allem auf dem Land. Dabei gibt es gute Vorschläge wie ein Stipendiensystem für junge Mediziner oder Anreize beim Erwerb einer Praxis. Wir setzen auf ein Förderprogramm für Landärzte, um gezielte finanzielle Anreize in Gebieten mit zu wenigen Ärzten zu setzen.
- **Gesundheit ist keine Ökonomie:** Gerade auf dem Land braucht es die Sicherheit, dass in der Nähe eine angemessene medizinische Behandlung oder Pflegeunterstützung möglich ist. Die medizinische Hochschule „Theodor Fontane“ leistet dafür einen vorbildhaften Beitrag. Das Land Brandenburg muss deutlich mehr finanzielle Mittel bereitstellen, um den Investitionsrückstau in den Krankenhäusern zu beseitigen.
- **Helfen aus Berufung:** In der Pflege fehlen Fachkräfte. Deshalb müssen Ausbildungsangebote besser aufeinander abgestimmt und vor allem an den Vorstellungen junger Menschen orientiert werden. Dazu gehört eine deutliche Aufwertung des Pflegeberufs in der öffentlichen Wertschätzung.
- **Interessenvertretung:** Wir sind für eine Pflegekammer, in der aktiv und selbstbestimmt alle Fragen der beruflichen Pflege diskutiert werden. Die Kammer unterstützt sowohl die

Pflegedienste als auch die Pflegekräfte bei ihren Anliegen und kann gemeinsam eine Ausbildungsumlage beschließen.

## Arbeitswelt und Mobilität im Wandel

Unsere Arbeitswelt verändert sich schnell. Die Anforderungen an die Beschäftigten sind komplexer, erfordern Flexibilität und in Brandenburg oft auch eine hohe Mobilität. Durch die permanente Erreichbarkeit gibt es kaum noch Verschnaufpausen. Eltern müssen daher ihre ganz eigenen Zeitpläne und Abläufe entwickeln, damit Arbeit, Familie und Freizeit zusammenpassen. Gute Verbindungen sind demzufolge in jeder Hinsicht von großer Bedeutung. Mit Blick auf den Wandel der Mobilität geht es darum, die Auswirkungen der drei zentralen Trends der kommenden Jahrzehnte – nämlich Elektrifizierung, Digitalisierung und Automatisierung – auf das tägliche Leben der Menschen in Brandenburg möglichst positiv zu gestalten.

Viele Unternehmen sind auf der Suche nach Fachkräften. Unbesetzte Arbeits- und Ausbildungsplätze sind zu einer Wachstumsbremse geworden. Fast der Hälfte der mittelständischen Unternehmen in Brandenburg fällt es sehr schwer, geeignete Fachkräfte zu finden. In den vergangenen sieben Jahren hat sich die Anzahl der nicht besetzten Ausbildungsstellen fast verdreifacht.

## Unsere Arbeitswelt modernisieren

- **Beste Verbindungen:** Grundvoraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg ist die digitale Daseinsvorsorge – flächendeckend schnelles Internet und gute Netzabdeckung. Hier braucht es dringend Verbesserungen. Noch gibt es viele weiße Flecken bei der Internet- und Mobilfunkversorgung. Für uns gilt: Wer 100 Prozent Handytarif zahlt, der muss auch 100 Prozent Empfang haben.
- **Bekanntmachung:** Brandenburg muss bundesweit und international als attraktiver Arbeits- und Lebensstandort vor allem für junge Leute und Familien präsentiert werden. Ausbildungs- und Arbeitsplatzangebote in den ländlichen Regionen Brandenburgs brauchen eine Plattform und ein entsprechendes Standortmarketing.
- **Aufstieg durch Einstieg:** Der Widerspruch, dass einerseits Fachkräfte dringend gesucht, andererseits aber 6000 Jugendliche in Brandenburg derzeit nicht in Arbeit vermittelt werden können, muss aufgelöst werden. Es braucht ein konkretes Förderprogramm mit echten Anreizen und wirkungsvollen Hilfen.
- **Viele Wege führen zum Job:** Mädchen und Jungen sollen in der Schulzeit mehr praxisnahe Berufs- und Studienorientierungsangebote erhalten. Finanzielle Erleichterungen sollen für alle Auszubildende gelten, beispielsweise bei der Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel. Wir sind für die Abschaffung aller noch vorhandener Ausbildungsgebühren.
- **Wer arbeiten will, soll arbeiten können:** Betriebspraktika sollen zum Sprungbrett in eine Ausbildung für Jugendliche mit schulischen Defiziten, Langzeitarbeitslose oder Menschen mit Migrationshintergrund werden. Wir vertrauen und setzen auch auf diejenigen, die eventuell an den Einstellungstests scheitern, aber eine hohe Motivation und ein starkes Interesse am Beruf haben.

- **Chancen der Zuwanderung nutzen:** Unternehmen, die im Rahmen der Ausbildung und Beschäftigung entsprechende Integrationsleistungen erbringen, sollen bei der staatlichen Förderung besser berücksichtigt werden. Dabei ist das Erlernen der deutschen Sprache der Schlüssel zu einer erfolgreichen Integration und Türöffner für den Berufseinstieg. Dies muss u.a. in einem Einwanderungsgesetz geregelt werden.

## Hin und Weg – Mobilität heute und morgen

- **Freie Fahrt:** Der derzeitige Verfall der Verkehrsinfrastruktur, insbesondere der Zustand der Straßen, muss durch eine erhebliche Steigerung der Investitionen gestoppt werden. Das gilt auch für die Radwege.
- **Pendlerformel 30-60-90:** Berlin muss in maximal 90 Minuten aus allen Mittelzentren, in maximal 60 Minuten aus den großen Städten (Oberzentren) und in maximal 30 Minuten aus den Mittelzentren im Berliner Umland erreichbar sein.
- **Direktverbindungen:** Mit unserem Verkehrskonzept werden von 233 Brandenburger Bahnhöfen Direktverbindungen nach Berlin – das sind über 40 Prozent mehr als jetzt – sowie von 84 Brandenburger Bahnhöfen Direktverbindungen nach Potsdam – das sind 70 Prozent mehr als jetzt – angeboten.
- **Bitte setzen:** Unser Ziel ist ein Sitzplatz für jeden Pendler. Die derzeitige Situation voller Züge mit zu geringer Taktung muss dringend verbessert werden. Brandenburg ist Pendlerland und muss sofort deutlich mehr investieren – nicht erst 2022.
- **Unter Strom:** Brandenburg liegt im Bundesvergleich der Ladeinfrastruktur für Elektromobilität auf einem der letzten Plätze. Ein weiteres Zukunftsthema, bei dem endlich der Fuß von der Bremse genommen und investiert werden muss.
- **Neue Wege:** Automatisiertes und autonomes Fahren bieten auch für den ÖPNV völlig neue Möglichkeiten. Dafür müssen jedoch die finanziellen und infrastrukturellen Rahmenbedingungen geschaffen werden, beispielsweise im Bereich „Open Data“.